Niederschrift

über die 34. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 05.02.2025, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen.

Tagesordnung

1. Mitteilungen der Bürgermeisterin

2. Einführung und Verpflichtung eines neuen Stadtverordneten - Änderung der Besetzung von Ausschüssen und Drittorganisationen
   Vorlage: 3251/2025

3. Wahl eines Ortsvorstehers für Lindern
   Vorlage: 3252/2025

4. Tätigkeitsbericht des ehrenamtlichen Beauftragten zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung der Stadt Geilenkirchen
   Vorlage: 3221/2024

5. Bestellung eines ehrenamtlichen Beauftragten zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen
   Vorlage: 3222/2024

6. Feststellung des Jahresabschlusses 2023 gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW und Behandlung des Jahresfehlbetrages
   Vorlage: 3231/2024

7. Entlastung der Bürgermeisterin für das Haushaltsjahr 2023
   Vorlage: 3235/2024

8. Übernahme einer Ausfallbürgschaft zu Gunsten der Verbandswasserwerk Gangelt GmbH
   Vorlage: 3239/2025

9. 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Stadtgebiet Geilenkirchen (Friedhofsgebührensatzung)
   Vorlage: 3250/2025

10. Bericht über die Entwicklung der Haushalts- und Finanzlage im 4. Quartal 2024
    Vorlage: 3240/2025

11. Bebauungsplan Nr. 127 der Stadt Geilenkirchen - Immendorf - Im Bongert
    Geltungsbereich: Flache in Immendorf, nördlich der "von-Mirbach-Straße", südlich der Straße "Alte Landstraße" und westlich der "Dürener Straße"
    - Beratung und Beschluss über die Abwägung der während der öffentlichen Auslegung
    gem. § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen
    - Beschluss des Bebauungsplans Nr. 127 als Satzung gem. § 10 Abs. 1 BauGB (Satzungsbeschluss)
    Vorlage: 3246/2025

12. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Einführung eines kostenfreien Citytarifes für alle Linien im öffentlichen Personennahverkehr im gesamten Stadtgebiet Geilenkirchens"
    Vorlage: 3243/2025

13. Befreiung von den Festsetzungen der Klarstellungs- und Abrundungssatzung für den Ortsteil Immendorf hinsichtlich der Überschreitung der Baugrenze
Vorlage: 3229/2024

14. Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

15. Fragestunde für Einwohner

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Bürgermeisterin Daniela Ritzerfeld

Mitglieder

2. Daniel Bani-Shoraka
3. Cornelia Banzet
4. Marko Banzet
5. Maria Beaujean
6. Heike Becker
7. Hans-Jürgen Benden
8. Maja Bintakys-Heinrichs
9. Karola Brandt
10. Karl-Peter Conrads
11. Markus Diederen
12. Sonja Engelmann
13. Franz-Peter Fröschen
14. Helmut Gerads
15. Christoph Grundmann
16. Christina Hennen
17. Judith Jung-Deckers
18. Michael Kappes
19. Mario Karner
20. Stefan Kassel
21. Robert Kauhl
22. Wilfried Kleinen
23. Dirk Kochs
24. Christian Kravanja
25. Willi Münchs
26. Hans-Josef Paulus
27. Hannelore Peter
28. Gero Ronneberger
29. Ursula Rudzki
30. Manfred Schumacher
31. Barbara Slupik
32. Norwin Sommerfeld
33. Jürgen Steegers
34. Ruth Thelen
35. Harald Volles
36. Max Weiler

von der Verwaltung

37. Erster Beigeordneter Herbert Brunen
38. Joachim Grünewald
39. Christina Kamphausen
40. Christoph Nilles
41. Beigeordneter Stephan Scholz

Entschuldigt:

Mitglieder

42. Michael Cremerius
43. Lars Speuser

Bürgermeisterin Ritzerfeld eröffnete die 34. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am 05.02.2025 um 18 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses und hieß die Stadtverordneten, die Vertreter der Presse sowie die anwesenden Bürgerinnen und Bürger herzlich willkommen.

Sie stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung vom 28.01.2025 form- und fristgerecht zugestellt worden sei. Einwendungen gegen die Niederschriften der 32. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen vom 04.12.2024 und der 33. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen vom 18.12.2024 habe es nicht gegeben.

Bürgermeisterin Ritzerfeld entschuldigte an dieser Stelle Stadtverordneten Speuser und Stadtverordneten Cremerius. Sie stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Sie erklärte, dass der Tagesordnungspunkt 16 in der Einladung fälschlicherweise für den nicht öffentlichen Teil vorgesehen sei, jedoch im öffentlichen Teil beraten werden müsse. Das Thema sei auch im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung im öffentlichen Teil beraten worden. Sie beantragte die Verschiebung von Tagesordnungspunkt 16 in den öffentlichen Teil als neuen Tagesordnungspunkt 13. Sie rief zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Ritzerfeld informierte, dass Stadtverordneter Tartler sein Ratsmandat zum 31.12.2024 niedergelegt habe. Nachfolger sei Herr Stefan Coenen, der das Ratsmandat bereits angenommen habe. Er werde im nächsten Tagesordnungspunkt verpflichtet.

Weiterhin hatte die Bürgerinitiative gegen eine ZUE beim Verwaltungsgericht Aachen einen Antrag auf vorläufigen Rechtschutz gestellt, der inzwischen abgelehnt worden sei. Daraufhin habe die Initiative Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht eingelegt. Die Beschwerde sei mit Beschluss vom 30.01.2025 zurückgewiesen worden, sodass der Bürgerentscheid „Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE)" weiterhin im Zeitraum vom 24. Februar bis 16. März 2025 stattfinden werde. Der Entscheid werde in Form einer Briefwahl durchgeführt. Der letzte Abstimmungstermin sei der 16.03.2025 bis 16 Uhr.

Bürgermeisterin Ritzerfeld erklärte, dass im März 2024 durch den Rat beschlossen wurde, alle Sportstätten mit Defibrillatoren auszustatten. Die insgesamt 17 Defibrillatoren seien in den vergangenen Wochen beschafft und installiert worden.

Darüber hinaus sei der Projektgruppe Bildung & Region – biregio – aus Bonn in dieser Woche der Auftrag zur turnusmäßigen Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Geilenkirchen erteilt worden. Die notwendigen Haushaltsmittel seien im diesjährigen Haushaltsplan veranschlagt worden. Mit der Firma biregio werde in Kürze ein konkreter Zeitplan für die Fertigstellung abgestimmt. Zunächst müssten alle notwendigen Daten herangezogen werden. Ab Eingang aller benötigten Daten sei mit einer Bearbeitungszeit von vier Monaten zu rechnen. Der Entwurf werde anschließend zunächst im Fachausschuss präsentiert. Die letzte Fortschreibung habe die Verwaltung bekanntlich in die Lage versetzt, alle zur Erfüllung des Rechtsanspruches auf einen Ganztagsplatz im Grundschulbereich ab dem Schuljahr 2026/2027 notwendigen räumlichen Voraussetzungen frühzeitig zu planen und umzusetzen.

Sie informierte, als Vorarbeit für die Bauleitplanung zur Entwicklung des Industriegebiets Lindern „FUTURE SITE InWEST“ sei diese Woche auf der geplanten Fläche mit den archäologischen Untersuchungen begonnen worden. Zunächst würden Sondagen mit einem kleinen Bohrgerät durchgeführt. In einem zweiten Schritt würden demnächst mehrere Bagger auf der Fläche Schürfungen unter archäologischer Begleitung durchführen.

Die Bürgermeisterin gab bekannt, dass Ende Januar 2025 ein Auftaktgespräch/Baustellengespräch mit der beauftragten Firma Frauenrath zu den Arbeiten im Wurmauenpark stattgefunden habe. Mit den Arbeiten werde im Februar 2025 begonnen. Für die Arbeiten müsse der Park abschnittsweise gesperrt werden. Zur Lagerung der Baustelleneinrichtung sei ein kleiner Bereich des Cityparkplatzes ins Auge gefasst worden. Die geplanten Veranstaltungen seien mit dem Kulturamt abgestimmt worden und könnten stattfinden.

Bürgermeisterin Ritzerfeld gratulierte der Stadtverordneten Rudzki zum Geburtstag.

TOP 2 Einführung und Verpflichtung eines neuen Stadtverordneten - Änderung der Besetzung von Ausschüssen und Drittorganisationen

3251/2025

Bürgermeisterin Ritzerfeld verpflichtete Stadtverordneten Coenen im feierlichen Rahmen und führte ihn in den Rat der Stadt Geilenkirchen ein.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Einführung und Verpflichtung von Herrn Coenen zur Kenntnis und beschließt die vorgeschlagenen Änderungen der Besetzung der Ausschüsse und Drittorganisationen in der beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 3 Wahl eines Ortsvorstehers für Lindern

3252/2025

Die SPD-Fraktion erklärte, sie werde den Antrag ablehnen, da sie grundsätzlich das Amt des Ortsvorstehers ablehne. Dies richte sich aber ausdrücklich nicht gegen die vorgeschlagene Person.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmte der SPD-Fraktion zu, auch sie lehne das Amt des Ortsvorstehers ab. In der derzeitigen Haushaltslage würde die Besetzung des Ortsvorsteheramtes mit einem Stadtverordneten zudem lediglich zur Zahlung einer doppelten Aufwandsentschädigung führen. Die Entscheidung richte sich ausdrücklich nicht gegen die vorgeschlagene Person.

Beschluss:

Der Rat wählt Herrn Stefan Coenen zum Ortsvorsteher des Bezirks Lindern.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	23
Nein:	12
Enthaltung:	2

Mehrheitlich beschlossen.

Bürgermeisterin Ritzerfeld gratulierte Stadtverordnetem Coenen.

TOP 4 Tätigkeitsbericht des ehrenamtlichen Beauftragten zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung der Stadt Geilenkirchen

3221/2024

Bürgermeisterin Ritzerfeld begrüßte den städtischen Behindertenbeauftragten Heinz Pütz.

Herr Pütz begrüßte die Anwesenden und bedankte sich bei Frau Kamphausen für die Erstellung des Tätigkeitsberichts. Rückfragen zum Tätigkeitsbericht gab es nicht. Er erklärte, dass ihm aufgrund seiner persönlichen Vita die Funktion eines städtischen Behindertenbeauftragten besonders wichtig sei. Er habe Freude an der Ausübung des Ehrenamtes, obwohl dies zum Teil mit persönlichen Nachteilen verbunden sei. Er führte seinen Tätigkeitsbericht aus und meinte, Geilenkirchen könne stolz auf das bisher Erreichte sein. Er bedankte sich bei der Verwaltung – den Sachbearbeitern, Amtsleitern, Beigeordneten und der Bürgermeisterin – mit der er gut diskutieren und zusammenarbeite könne. Es sei ihm ein besonderes Anliegen Bürgermeisterin Ritzerfeld zu danken. Seit 16 Jahren übe er das Ehrenamt aus und sei vor ihrem Amtsantritt häufig auf Desinteresse gestoßen. Mit Bürgermeisterin Ritzerfeld habe sich dies geändert. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit ihr sei sehr wertvoll für behinderte Menschen in Geilenkirchen. Zudem dankte er seiner Frau,

die ihn immer unterstütze. Er erklärte, dass er das Amt gerne weiter ausüben werde. Darüber müsse jedoch der Rat entscheiden.

Bürgermeisterin Ritzerfeld bedankte sich herzlich im Namen der Verwaltung und des Rates für die wertvolle Arbeit des städtischen Behindertenbeauftragten. Er habe all seine Arbeit und die umgesetzten Projekte nur kurz anreißen können und dies sei bei weitem nicht alles, was man in Geilenkirchen erreicht habe. Es sei bemerkenswert, wie bekannt und wohlwollend man in allen Kreisen über Geilenkirchen spreche, wenn es um die Themen Behinderung und Inklusion gehe. Geilenkirchen sei ein Vorbild und dies sei insbesondere auf das Engagement von Herrn Pütz zurückzuführen. Seine Beteiligung gehöre inzwischen zur Routine und trage regelmäßig zu wichtigen Denkanstößen bei.

Kenntnisnahme:

Der Tätigkeitsbericht wird zur Kenntnis genommen.

TOP 5 Bestellung eines ehrenamtlichen Beauftragten zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen

3222/2024

Beschluss:

Herr Heinz Pütz wird als ehrenamtlicher Beauftragter zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen für die Stadt Geilenkirchen für die Zeit vom 01.04.2025 bis 31.03.2027 bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	1
Enthaltung:	0

Mehrheitlich beschlossen.

Bürgermeisterin Ritzerfeld gratulierte Herrn Pütz.

TOP 6 Feststellung des Jahresabschlusses 2023 gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW und Behandlung des Jahresfehlbetrages

3231/2024

Beschluss:

1. Der gemäß § 95 Abs. 5 GO NRW am 28.06.2024 vom Kämmerer aufgestellte und von der Bürgermeisterin bestätigte sowie dem Rat zu Feststellung zugeleitete Jahresabschluss der Stadt Geilenkirchen nebst Lagebericht und Anhang wurde vom Rechnungsprüfungsausschuss nach § 102 GO NRW geprüft. Das Prüfergebnis wurde im Bestätigungsvermerk festgehalten.
   Der geprüfte Jahresabschluss 2023 wird hiermit durch den Rat gem. § 96 Abs. 1 GO NRW festgestellt.

2. Nach Prüfung und Feststellung des Jahresabschlusses 2023 nebst Lagebericht und Anhang durch den Rat wird der Jahresfehlbetrag 2023 in Höhe von 2.030.859,78 € gem. § 96 Abs. 1 Satz 3 GO NRW mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet.

3. Die Bürgermeisterin wird gebeten, den festgestellten Jahresabschluss 2023 nebst Anlagen gemäß § 96 Abs. 2 GO NRW unverzüglich der Aufsichtsbehörde anzuzeigen. Der

festgestellte Jahresabschluss ist öffentlich bekannt zu machen und danach bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar zu halten.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 7 Entlastung der Bürgermeisterin für das Haushaltsjahr 2023

3235/2024

Bürgermeisterin Ritzerfeld verließ aufgrund ihrer Befangenheit den Sitzungssaal. 1. stellvertretende Bürgermeisterin Hennen übernahm die Sitzungsleitung.

Beschluss:

Der Rat beschließt, der Bürgermeisterin gemäß § 41 Abs. 1 Buchstabe j) i. V. m. § 96 Abs. 1 GO NRW Entlastung für das Haushaltsjahr 2023 zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

Bürgermeisterin Ritzerfeld betrat den Sitzungssaal und übernahm die Sitzungsleitung.

TOP 8 Übernahme einer Ausfallbürgschaft zu Gunsten der Verbandswasserwerk Gangelt GmbH

3239/2025

Beschluss:

Der Rat beschließt die Übernahme der beantragten Ausfallbürgschaft in Höhe von maximal 640.000 € zu Gunsten der Verbandswasserwerk Gangelt GmbH.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 9 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Stadtgebiet Geilenkirchen (Friedhofsgebührensatzung)

3250/2025

Beschluss:

Der Rat beschließt die 1. Änderung der Friedhofsgebührensatzung.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 10 Bericht über die Entwicklung der Haushalts- und Finanzlage im 4. Quartal 2024

3240/2025

Die CDU-Fraktion meinte, dass die Mehreinnahmen und Zinsen aus der Gewerbesteuer deutlich höher ausgefallen seien. Daraus schließe man, dass es sich möglicherweise um die Rückzahlung älterer Steuerschulden handle. Die Fraktion stellte die Frage, ob diese Annahme zutreffend sei. Zudem habe es weniger Zuwendungen vom Land gegeben, dafür jedoch mehr Mittel vom Bund. In diesem Zusammenhang wurde nach der genauen Verteilung gefragt. Außerdem erkundigte man sich, ob dies dazu führe, dass das Ergebnis aktuell etwa 1,5 Millionen Euro besser ausfalle als ursprünglich prognostiziert.

Die Verwaltung erklärte, dass die Mehreinnahmen sich – neben einem erheblichen Nachzahlungsfall – breit verteilt hätten, während die Zinsen überwiegend auf einen Einzelfall zurückzuführen seien, bei dem es über einen langen Zeitraum Neuberechnungen gegeben habe. In Bezug auf die Zuwendungen wurde darauf hingewiesen, dass Ende 2023 ein Asylkompromiss zwischen Land und Bund geschlossen wurde und man die versprochene Zuwendung zunächst als Bundeszuwendung i. H. v. 800.000 Euro eingeplant hatte. Tatsächlich seien die Gelder dann aber über eine Erhöhung der Flüchtlingspauschalen vom Land weitergeleitet worden. Die Einnahmen seien zudem 300.000 Euro geringer ausgefallen, als geschätzt. Nach den Prognosen für das 4. Quartal werde das Jahresergebnis somit voraussichtlich etwa 1,5 Millionen Euro besser ausfallen.

Die Bürgerliste meinte, dass einige Bürger künftig weniger Grundsteuer zahlen müssten als bisher und fragte, ob dies zu Mindereinnahmen bei der Grundsteuer für die Stadt führen würde.

Die Verwaltung verneinte dies. Als Grundlage für die Festsetzung des Hebesatzes seien sämtliche Grundsteuermessbeträge herangezogen worden. Insgesamt sei die Reform so umgesetzt worden, dass sie aufkommensneutral bleibe.

Kenntnisnahme:

Der Rat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 11 Bebauungsplan Nr. 127 der Stadt Geilenkirchen - Immendorf - Im Bongert
Geltungsbereich: Flache in Immendorf, nördlich der "von-Mirbach-Straße", südlich der Straße "Alte Landstraße" und westlich der "Dürener Straße"
- Beratung und Beschluss über die Abwägung der während der öffentlichen Auslegung
gem. § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen
- Beschluss des Bebauungsplans Nr. 127 als Satzung gem. § 10 Abs. 1 BauGB (Satzungsbeschluss)

3246/2025

Beschluss:

1. Die Abwägung der im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird gemäß dem Vorschlag der Verwaltung beschlossen.

2. Der Bebauungsplan Nr. 127 der Stadt Geilenkirchen wird gemäß den Planunterlagen nach § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 12 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Einführung eines kostenfreien Citytarifes für alle Linien im öffentlichen Personennahverkehr im gesamten Stadtgebiet Geilenkirchens"

3243/2025

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen führte ihren Innenstadtentwicklungsantrag aus. Man müsse das Einkaufserlebnis und die Attraktivität der Stadt stärken und die Menschen dazu bringen nicht nur mit dem PKW in die Stadt zu fahren. Die Kosten für die Umsetzung seien noch nicht bekannt, daher ziele der Antrag auf eine umfassende Prüfung durch die Verwaltung ab. Eine mögliche Gegenfinanzierung könne über die Parkraumbewirtschaftung erfolgen. Entgegen der weitläufigen Meinung, dass dies schlecht für den Einzelhandel sei, gebe es zahlreiche Studien, die belegen, dass es für die Attraktivität einer Innenstadt nicht vorrangig auf die Zahl der Parkplätze ankomme.

Die Bürgerliste entgegnete, die Fraktion lehne den Antrag aufgrund der Begründung ab. Es gebe ein Urteil, dass der vorgeschlagene Deckungsvorschlag – Parkraumbewirtschaftung –rechtswidrig sei. Die Einnahmeerzielung dürfe nicht primäres Ziel einer Parkraumbewirtschaftung sein. Daneben habe die Fraktion eine Finanzierung über mögliche Kürzungen im freiwilligen Aufgabenbereich vorgeschlagen, jedoch keine konkreten Beispiele genannt. Es gehe nicht darum keine Parkgebühren in Geilenkirchen zu erheben. Ob dies sinnvoll sei, solle jedoch im Rahmen des Mobilitätskonzeptes geprüft werden. Den rechtswidrigen Deckungsvorschlag könne man allerdings nicht einfach ignorieren. Die Fraktion sollte den Antrag zunächst zurückziehen. Wenn die Verwaltung weitere Informationen habe, könne das Thema weiter beraten werden.

Die CDU-Fraktion stimmte der Bürgerliste zu. Zudem sei die Taktung hier im ländlichen Bereich nicht ausreichend. Man müsse also zunächst mehr Fahrten anbieten, damit kostenloser ÖPNV für die Bürger überhaupt interessant sei. Fraglich sei, woher man die Busse und das Personal nehmen wolle. Darüber hinaus gebe es das Deutschlandticket, welches umgerechnet pro Tag nur 1,93 Euro kosten würde. Die Stadt habe derzeit kein Geld, um weitere Gelder für den nicht ausreichend wertgeschätzten ÖPNV auszugeben. Zudem könnten die meisten Menschen durch die Umstellung dennoch nicht auf ihr Auto verzichten.

In Wassenberg sei der kostenfreie Citytarif bereits eingeführt worden, sagte die SPD-Fraktion. Auch Geilenkirchen sollte neue Wege beschreiten. Sinnvoll sei es, die Möglichkeit im Mobilitätskonzept zu berücksichtigen. Zudem sei das genannte Urteil aus dem Jahr 2008 und auch die Rechtsprechung entwickle sich stetig weiter. Es gebe bereits Studien aus dem Jahr 2020, die empfehlen, Parkgebühren zur Kostendeckung des ÖPNV heranzuziehen. Man müsse neuen Entwicklungen eine Chance geben. Zudem habe sich bereits bewiesen, dass der ÖPNV – dort wo es versucht wurde – häufiger genutzt wurde, wenn es die Bürger nichts koste. Man fragte nach der Meinung der Verwaltung.

Die Verwaltung erklärte, viele Kommunen seien an dem Thema interessiert. Die Stadt sei auch in den Gremien der AVV und WestVerkehr vertreten, in denen das Thema aktuell ohnehin diskutiert werde. Es sei sinnvoll, der Verwaltung zunächst die Möglichkeit zu geben, die Zahlen, Daten und Fakten zu prüfen, bevor sich der Rat entscheide. Man gehe davon aus, dass diese in Kürze vorgelegt werden können.

Was bringe ein kostenfreier ÖPNV in Geilenkirchen, wenn die Busse gar nicht fahren, fragte die FDP. Man sei zunächst auf das Mobilitätskonzept angewiesen. Weiterhin müsse man mit dem AVV und der WestVerkehr besprechen, in welchem Umfang man sich eine Vergünstigung überhaupt leisten könne.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen meinte, die Verwaltung solle weitere Informationen einholen, damit der Rat eine Entscheidung treffen könne. Dennoch sei die Parkraumbewirtschaftung ein wichtiges Thema, welches man nicht außer Acht lassen dürfe. Die Fraktion habe bereits vor drei Jahren einen entsprechenden Antrag gestellt, der jedoch aufgrund des Mobilitätskonzeptes zurückgestellt wurde. Man appellierte, Geilenkirchen sei mit zwei Bahnhöfen bereits nicht schlecht aufgestellt. Noch sei die Taktung nicht gut, der angebotene Cityverkehr jedoch schon. Es sei unerheblich, ob man vorher Verbesserungen vornehme und die Bürger den ÖPNV dann nutzen oder ob man ihn vergünstige, die Bürger ihn dann nutzen und er dann ausgebaut werde. Deshalb müsse man Gespräche führen und die Kosten ermitteln und nur das stehe auch im Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt Gespräche mit der WestVerkehr GmbH als verantwortliches Verkehrsunternehmen mit dem Ziel zu führen, den Öffentlichen Personennahverkehr in Geilenkirchen für alle Bürgerinnen und Bürger möglichst kostenfrei zu bereitzustellen. Die Ergebnisse aus diesen Gesprächen und zu ermittelnden Gesamtkosten sind dem Fachausschuss zur weiteren Beratung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	13
Nein:	23
Enthaltung:	1

Mehrheitlich abgelehnt.

TOP 13 Befreiung von den Festsetzungen der Klarstellungs- und Abrundungssatzung für den Ortsteil Immendorf hinsichtlich der Überschreitung der Baugrenze

3229/2024

Beschluss:

Die Befreiung von den Festsetzungen der Klarstellungs- und Abrundungssatzung für den Ortsteil Immendorf hinsichtlich der Überschreitung der Baugrenze wird antragsgemäß erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 14 Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

Bürgermeisterin Ritzerfeld informierte, es habe vorab zwei schriftliche Anfragen gegeben. Eine vom Stadtverordneten Conrads vom 25.01.2025 zum Thema Verpackungssteuer und eine weitere von der Fraktion Bürgerliste vom 03.02.2025 zum Thema DB Reisezentrum und Postbank, mit der ausdrücklichen Bitte, die Antworten hierzu mündlich vorzutragen. Beide Anfragen und die Antworten sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Stadtverordneter Kleinen fragte nach dem Sachstand Mobilitätshub.

Bürgermeisterin Ritzerfeld antwortete, bis zur Erstellung der Konzeptstudie habe es Fördermittel gegeben. Anschließend leider nicht mehr, weshalb das Vorhaben seitens der WestVerkehr GmbH derzeit nicht weiterverfolgt werden könne.

Stadtverordneter Conrads fragte, ob das Gespräch mit der Firma Schönmackers bzgl. der Bereitstellung von gelben Säcken erfolgreich gewesen sei.

Bürgermeisterin Ritzerfeld antwortete, ein Gespräch habe noch nicht stattgefunden. Beim nächsten regulären Termin werde sie das Thema ansprechen.

Zudem fragte Stadtverordneter Conrads, ob das Urteil des Oberverwaltungsgerichts über die Beschwerde der Bürgerinitiative gegen eine ZUE auf der städtischen Homepage veröffentlicht werde.

Bürgermeisterin Ritzerfeld verneinte dies. Urteile stelle die Verwaltung grundsätzlich nicht öffentlich zur Verfügung. Sie verwies darauf, dass das Urteil den Stadtverordneten bereits vorliegen würde.

Stadtverordnete Banzet fragte, wann dem Rat der Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten zur Kenntnis gebracht werde und ob die neue Gleichstellungsbeauftragte dem Rat vorgestellt werde.

Bürgermeisterin Ritzerfeld antwortete, es habe in jüngster Zeit noch einen Wechsel gegeben, daher müsse die Verwaltung dahingehend nachhaken. Sie bedankte sich für die Anregung und würde dies mit der Gleichstellungsbeauftragten besprechen.

TOP 15 Fragestunde für Einwohner

Es gab keine Anfragen.

Die Sitzung endete um 19:40 Uhr.

Vorsitzende

Daniela Ritzerfeld Bürgermeisterin	Christina Kamphausen Schriftführerin